

Queere Demokratie: Los und Geschlecht
Losdemokratie und solidarische Ökonomie verändern die geschlechtliche
Arbeitsteilung?

Ein philosophischer Versuch.

von MMag.^a Utta Isop, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt

utta.isop@uni-klu.ac.at

Inhalt

1. Repräsentative Demokratien sind aus philosophischer Sicht keine Demokratien, sondern Oligarchien – Gründe dafür
2. Exkurs: Anthropologische Hinweise auf herrschaftsfreie Gesellschaften
3. Die historische Form der Losdemokratie in der Polis Athens bildet eine Alternative zu Oligarchien
4. Losdemokratie als politisches System einer postfundamentalen Gesellschaft und zwei aktuelle Vertreter von Losverfahren: Etienne Chouard und Hubertus Buchstein
 - 4.1 Losdemokratie als politisches System einer postfundamentalen Gesellschaft
 - 4.2 Chouards Argumente für das Los: gegen Korruption
 - 4.3 Buchsteins Vorschlag eines europäischen „House of Lots“
5. Los und Geschlecht: Zur Verschiebung von Öffentlichkeit und Privatheit und zum Queeren von Geschlechtern u. a. in partizipativen Budgets der solidarischen Ökonomie
6. Zusammenfassung der Argumente gegen und für Losdemokratie

1. Repräsentative Demokratien sind aus philosophischer Sicht keine Demokratien, sondern Oligarchien – Gründe dafür

„Denn das bedeutet der demokratische Prozess: Er bezeichnet Handlungen von Subjekten, die auf das Intervall zwischen den Identitäten einwirken und so die Aufteilungen von Privatem und Öffentlichem, Universalem und Partikularem verändern. Die Demokratie kann somit nicht einfach als Herrschaft des Universalen über das Partikulare verstanden werden. In der polizeilichen Logik nämlich wird das Universale unaufhörlich privatisiert und auf die Verteilung von Geburt, Reichtum und ‚Fähigkeit‘ reduziert.“ (Rancière 75)

die Philosoph*innen John Burnheim (1985), Cornelius Castoriadis (2001), Étienne Chouard (2012), Barbara Goodwin, Bernard Manin (2007) und Jacques Rancière (2011) betonen

Wie die Philosoph*innen John Burnheim (1985), Cornelius Castoriadis (2001), Étienne Chouard¹, Barbara Goodwin (1992), Bernard Manin (2007) und Jacques Rancière (2011) betonen, sind die politischen Praktiken unserer modernen Gesellschaften nicht, wie wir vorgeben, demokratisch sondern vielmehr oligarchisch (die Herrschaft der Wenigen) zu nennen. Bekanntermaßen privilegiert die Wahl von Einzelpersonen in repräsentativen Demokratien die Reproduktion einer kleinen elitären Schicht der Gesellschaft und läuft damit auf eine Oligarchie hinaus, während das Losen von öffentlichen Ämtern historisch mit der politischen Form der Demokratie verbunden ist.

Auch unser heutiges Parteiensystem ist nicht offen und sozial durchlässig genug, um die Regierung durch Eliten zu verhindern. Unsere Gesellschaftssysteme funktionieren also entgegen ihrem Selbstanspruch, Demokratien zu sein, als Oligarchien, die besonders Frauen und Minderheiten oder wie Jacques Rancière es nennt, die Anteilslosen benachteiligen und um ihren Anteil betrügen:

„Wir leben nicht in Demokratien. Wir leben auch nicht in Lagern, wie manche Autoren versichern, die uns alle dem Gesetz des Ausnahmezustands der biopolitischen Regierung unterworfen sehen. Wir leben in oligarchischen

¹ <http://etienne.chouard.free.fr/Europe/index.php> am 15.9.2012

Rechtsstaaten, d.h. in Staaten, in denen die Macht der Oligarchen durch die doppelte Anerkennung der Volkssouveränität und der individuellen Freiheit begrenzt ist. Es gibt freie Wahlen. Diese sorgen dafür, dass dasselbe herrschende Personal im Großen und Ganzen unter anderen Etiketten reproduziert wird. (...) Die Presse ist frei. (...) Die Versammlungs- und Demonstrationsrechte erlauben die Organisation eines demokratischen Lebens, d.h. eines politischen Lebens, das unabhängig von der staatlichen Sphäre existiert.“ (Rancière 89f.)

Einige Gründe, warum moderne repräsentative Demokratien als Oligarchien aufzufassen sind, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

*) Weil in repräsentativen Demokratien mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung herrschende Gruppen und deren Privatinteressen repräsentiert werden und gerade NICHT ALLE

Bereits historisch stellt unsere Form der Repräsentation das Gegenteil von Demokratie dar, weil eine repräsentative Funktion nur unter Nennung von bestimmten Gründen, Fähigkeiten, Eigentumsverhältnissen usw. an Stände, Orden und Eigentümer vergeben wurden. Gerade nicht der Einschluss bzw. die Repräsentation von ALLEN war historisch, in der amerikanischen und der französischen Revolution (Jacques Rancière 2011: 64) der Grund für die Einführung des repräsentativen Parlamentarismus. Dies spiegelt sich auch heute im Common Sense, der davon ausgeht, dass es besonderer Fähigkeiten, besonderen Wissens, einer besonderen Expertise, spezieller Bildung und Erfahrung bedarf, um zu regieren. Genau diese Vorurteile und Stereotypen, dass sogenannte „einfache Menschen“ nicht der Politik fähig sind aber führen zur Reproduktion privilegierter Eliten, weil diese ja eben über mehr Fähigkeiten, Wissen, Expertise, Bildung und Erfahrung verfügen als andere.

*) Weil in repräsentativen Demokratien mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung der öffentliche Raum durch Politiker, Medien und Expert*innen privatisiert wird und NICHT ALLEN zugänglich ist

„Es ist die spontane Praxis einer jeden Regierung, dass sie versucht, diesen öffentlichen Raum zu verkleinern, ihn zu einer Privatangelegenheit zu machen, indem

sie die Interventionen und Interventionsorte der nicht staatlichen Akteure ins Privatleben zurückdrängt.“ (Rancière 68)

*) Weil in repräsentativen Demokratien mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung die geschlechtliche Arbeitsteilung in die unbezahlte reproduktive Sphäre einerseits und in Produktionsketten der Lohnarbeit andererseits erzeugt und legitimiert wird und gerade NICHT ALLE Geschlechter Zugang zu allen Arbeitsfeldern haben.

*) Weil in repräsentativen Demokratien mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung der freie Personenverkehr weltweit durch die Privatisierung von Staatsbürgerschaften verhindert wird und gerade NICHT ALLE sich frei bewegen dürfen.

„Und umgekehrt geht der Verweis auf den „Menschen“ damit einher, dass die gleiche Fähigkeit aller den Privatisierungen der Staatsbürgerschaft entgegengesetzt wird, nämlich derjenigen Privatisierung, die einen bestimmten Teil der Bevölkerung von der Staatsbürgerschaft ausschließt, oder der, die einen bestimmten Bereich des kollektiven Lebens von der geltenden Gleichheit der Bürger ausnimmt. Jede dieser Bezeichnungen spielt also auf polemische Weise die Rolle des Universalen, das sich dem Partikularen entgegenstellt.“ (Rancière 73)

Um diese genannten Ausschlussverfahren und Repräsentationsmechanismen in repräsentativen Demokratien zu rechtfertigen werden folgende Ideologien eingesetzt, die sich mächtig im politischen Alltagsverstand festgesetzt haben: 1) Die Besten, die Tüchtigsten, die Leistungsfähigsten sollen regieren 2) Die Reichsten, die Besitzenden, die Eigentümer*innen (Rancière 8) sollen regieren 3) Die Expert*innen, die Erfahrenen, die Wissenden sollen regieren. 4) Das sogenannte „Volk“ kann sich nicht selbst regieren. Es sollen auf gar keinen Fall ALLE regieren. Es sollen auf gar keinen Fall Praktiken, wie zum Beispiel die Losdemokratie oder solidarische Ökonomien entwickelt und angewandt werden, mit deren Hilfe tendenziell eher ALLE regieren können. Dafür sorgen diese Ideologien. Historisch und anthropologisch lassen sich diesen Ideologien einige Gesellschaften und Ereignisse entgegenhalten, die deutlich machen, dass Demokratien und nicht-hierarchische Gesellschaften möglich sind. Historisch gesehen entstanden die Demokratie, wie auch die abendländische Philosophie, als der Oligarchie und der Aristokratie entgegengesetzt mit dem Losverfahren im Zentrum.

2. Exkurs: Anthropologische Hinweise auf herrschaftsfreie Gesellschaften

Ich vertrete in Anknüpfung an David Graeber (2012) die These, dass demokratische Praktiken, wie z.B. Losdemokratie eine von verschiedenen egalitären Praktiken (Buchstein 86 Beispiel der Landverteilungen unter den Göttern und auf Magnesia durch das Los; gleich große Landparzellen und Priester durch das Los bestimmen) darstellt, welche eine Entwicklung herrschaftsfreier Gesellschaften unterstützen können und dass der Sammelbegriff „egalitärere Praktiken“ sich ebenfalls besonders auf Selbstverwaltungspraktiken nicht-westlicher historischer Gesellschaften beziehen sollte.

3. Die historische Form der Losdemokratie in der Polis Athens bildet eine Alternative zu Oligarchien

Die athenische Polis des 4. und 5. Jahrhunderts v. Chr. setzte Losverfahren ein, um aus einer Menge von 20.000 Bürgern in jedem Jahr Besetzungen für über 7.000 Ämter in den Gerichten, dem Rat und den Beamtenkollegien zu ermitteln (Buchstein 44). 6.000 der gelosten Bürger übernahmen das Amt der Geschworenen bei Gericht und 1.100 übten Arbeiten in den Magistraten und im Rat aus. Grob lassen sich vier Bereiche unterscheiden, in welche Bürger Athens sich losen lassen konnten: 1) In den großen Rat der Fünfhundert, genannt die Boule 2) In die Magistrate als sogenannte Beamten 3) In die Gerichte, genannt die Dikasterien 4) In die Gesetzgebung als sogenannte Nomotheten.

*) Das Losen im Rat der Fünfhundert

Die Boule war ein ständig tagendes Gremium mit regierungsartigen Funktionen, in welchem die ausgelosten Bürger für ihre Arbeit bezahlt wurden. Die 500 ausgewählten Bürger übten in diesem Rat ein kollegiales Amt aus, das die Vorarbeiten für die Ekklesia, die Volksversammlungen übernahm. Die Boule tagte an rund 275 Tagen im Jahr und wandte das Losverfahren sehr strikt auch innerhalb des Gremiums zur Aufteilung von Arbeitsgruppen an (Buchstein 35). Diese internen Sitzungen des Rats waren öffentlich zugänglich und der Vorsitzende des Rats, der

Athen gegenüber diplomatischen Gästen als Oberhaupt repräsentierte, wurde täglich neu aus den 50 amtierenden Gemeindevertretern gewählt (Buchstein 37).

*) Das Losen in den Magistraten

Die Verwaltungstätigkeiten in den Magistraten erfolgte als Gelegenheitsamt und stellte einen Nebenerwerb zum eigentlichen Hauptberuf dar. Verwaltungsbeamte waren Ausführungsorgane der Beschlüsse, welche die Ekklesia, die Volksversammlung vorgenommen hatte und übten dieses Amt auf ein Jahr aus. Lediglich im Finanzwesen wurden Bürger einmalig auf bis zu vier Jahren für die Ämter gelost. Die Magistratsämter waren Kollegialorgane, sie wurden nicht von Einzelpersonen, sondern im Kollektiv ausgeübt.

*) Das Losen in den Gerichten

Das athenische Gerichtswesen kannte keine Berufsrichter, sondern nur Laienrichter, von welchen bei weniger wichtigen Prozessen ca. 500 Richter anwesend waren und bei wichtigeren Prozessen zwischen 1000 und 2.500 (Buchstein 44). Diese Gerichte befassten sich allerdings ausschließlich mit speziellen Verfahren wie etwa politischen Prozessen wegen Korruption, Bestechung, dem Versuch die Demokratie abzuschaffen oder militärischen Niederlagen, Verwaltungsverfahren zur Einziehung von Vermögen oder die Entscheidung über Bauprojekte, schließlich waren die Gerichte mit der Kontrolle des Rates (der Boule), der Beamten und der Ekklesia befasst. (Buchstein 48) Über das Graphé-Paranomon-Verfahren war es einem einzelnen Kläger sogar möglich Beschlüsse der Volksversammlung (Ekklesia) aufzuheben. „Die Lotterie schaffte gleichsam einen ‚Demos en miniature‘ zur Lösung grundlegender politischer Streifälle, statt die Entscheidung in die Hände einer professionellen Elite von Politikern oder Juristen zu legen.“ (Buchstein 49)

*) Das Losen im Gesetzgebungsverfahren

Gesetze wurden auf Antrag von einzelnen Bürgern, von Beamten oder durch die Ekklesia bei den sogenannten Nomotheten initiiert. Die Nomotheten wurden aus den maximal 6.000 Personen (Dikastes), welche für die Gerichte gelost worden waren, ausgelost. Die Nomotheten waren also für das Gesetzgebungsverfahren, das einem Gerichtsverfahren mit Anklage und Verteidigung gestaltet wurde, zuständig. Zusätzlich hatten sie auch die Aufgabe der Überprüfung von Dekreten der Ekklesia,

erfüllten also eine Art der Überprüfung wie sie heute von Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof wahrgenommen werden. (Buchstein 50f.)

Dem Problem der Losdemokratie, dass möglicherweise ungeeignete Bürger*innen für ein Amt gelost würden, begegnete die athenische Polis mit drei Vorkehrungen. Erstens wurden Aufgaben immer in Kollegialorganen bearbeitet und nicht durch Einzelpersonen. Zweitens wurden die Beamten durch die Pflicht zur öffentlichen Rechenschaftslegung und durch die allzeit mögliche Anklage bei den Geschworenengerichten kontrolliert. Drittens schließlich wurden die Beamten dem Prüfverfahren der Dokimasia unterzogen, um festzustellen, ob sie die Demokratie abschaffen wollten oder nicht (Buchstein 43).

4. Losdemokratie als politisches System einer postfundamentalen Gesellschaft und zwei aktuelle Vertreter von Losverfahren: Etienne Chouard und Hubertus Buchstein

4.1 Die Losdemokratie als politisches System einer postfundamentalen Gesellschaft

Die hier vertretene These ist, dass das Losverfahren und auch die Losdemokratie in unseren Gesellschaften deshalb wieder aktuell werden, weil dieses Verfahren der Arbeitsorganisation bzw. der politischen Organisation sich für Gesellschaften besonders gut eignet, die sich als kontingent verstehen und eine Reflexion darüber entwickeln, dass und wie sie sich als Gesellschaften selbst setzen und bilden. Der Zufall als Verfahrenskern von Losdemokratien verkörpert sinnlich die Selbstsetzung oder die Selbstinstituierung, wie Castoriadis es ausdrückt, und den Postfundamentalismus nach Oliver Marchart als bedeutsame Tendenzen unserer Gesellschaften: „Im Unterschied zu Formen totaler Herrschaft – steht Demokratie zum abwesenden Grund nämlich in keinem Verhältnis der Verleugnung oder gar Verwerfung, sondern in einer institutionalisierter Akzeptanz. (...) Demokratie erweist sich als eine Form des Zusammenlebens, in welcher Kontingenz – die Abwesenheit eines letzten Grundes – als notwendig erachtet wird.“ (Marchart 331)

Zwei Vertreter losdemokratischer Verfahren in postfundamentalistischen Gesellschaften sind Etienne Chouard und Hubertus Buchstein.

4.2 Etienne Chouards Argumente für das Los: soziale Gerechtigkeit

Etienne Chouards plakative Argumentation für eine Losdemokratie zielt in erster Linie auf soziale Gerechtigkeit ab: "Pendant 200 ans de tirage au sort: les riches ne gouvernent jamais, les pauvres gouvernent toujours. Pendant 200 ans d'élections: les riches gouvernent toujours, les pauvres ne gouvernent jamais."

Chouard macht auf die Unterscheidung der individuellen und der kollektiven Willensbildung aufmerksam. Es geht um den Widerstreit der Interessensgruppen und Klassengegensätze in einer Gesellschaft, der vermittelt werden muss. Er argumentiert, dass Zufallsverfahren in diesem Widerstreit der Interessen, Privilegien und symbolischer Schlagkräfte ausgleichende Wirkung entfalten, indem NICHT stets die Einflussreicheren, Mächtigeren, Reichen usw. die Entscheidungen und Umverteilungen korrumpieren und zu ihren Gunsten beeinflussen können:

"J'ai bon espoir que nous nous passions le mot entre nous et que nous transformions en *virus démocratique* le principe du tirage au sort, seul antidote durable contre la confiscation du pouvoir par une oligarchie. (...) Le tirage au sort écarte cette mécanique corruptrice de l'élection en ne donnant *aucune place à la volonté*. C'est la loi des grands nombres (incorruptible par construction) qui décide, et non plus une volonté susceptible d'être trompée. (...) Donnons un tout petit peu de pouvoir, à un grand nombre de personnes, pour très peu de temps, et jamais deux fois de suite. Le tirage au sort emporte avec lui la rotation des charges (des mandats courts et non-renouvelables) et le contrôle systématique des représentants."²

² http://etienne.chouard.free.fr/Europe/tirage_au_sort.php am 15.9.2012

Chouard weist darauf hin, dass in der Geschichte der partizipativen Beteiligungen in Bürger*innenversammlungen³ diese stets gezeigt haben, dass die teilnehmenden Personen in der Lage sind, sich so zu bilden, dass sie gute Lösungen für komplexe Probleme hervorzubringen. Umso demotivierender ist es, wenn diesen „partizipativen Gremien“ meist nur beratende Funktion und keine Entscheidungsbefugnis zugesprochen werden.

4.3 „Buchsteins Vorschlag eines House of Lots“ (Barbara Goodwin)

Hubertus Buchstein schlägt in Anlehnung an die Philosophin Barbara Goodwin eine zweite Kammer des Europäischen Parlaments, das House of Lots im Sinne eines Schritts zur Demokratisierung und zur Transparenzerhöhung vor. (Buchstein 445) Buchstein beruft sich dabei auf die empirischen Befunde von Deliberativen Opinion Polls, Bürgerkonferenzen, Konsensus-Konferenzen und Citizen-Juries.

5. Los und Geschlecht – Zur Verschiebung von Öffentlichkeit und Privatheit und zum Queeren von Geschlechtern u. a. in Versammlungen (partizipativen Budgets) der solidarischen Ökonomie

Die These feministischer Theoretiker*innen ist, dass Demokratisierung in der Auseinandersetzung um die Verschiebung von Öffentlichkeit und Privatheit besteht. „Das Private ist politisch!“ und „wo Privatheit war, soll Öffentlichkeit werden!“ sind zwei Slogans feministischer Emanzipation, die sich um den Abbau struktureller Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern bemüht, indem Prozesse eindeutiger Subjektivierung und staatlicher Identifizierung unterbrochen und unterlaufen werden. Oder wie Gudrun Perko es ausdrückt: „Es geht um die Regelungen und Veränderungen öffentlicher Angelegenheiten an öffentlich-politischen Orten, an denen sich Menschen versammeln, die getragen sind vom jeweiligen Interesse,

³ (...) Toutes les expériences d’assemblées citoyennes démontrent que des personnes distinguées par le hasard se transforment, s’investissent, se responsabilisent et choisissent finalement les bonnes solutions, y compris sur des sujets complexes.”

Bestehendes zu verändern, sowie um die Annahme dessen, was Arendt nicht müde wurde zu betonen: Handeln im Sinn des Politischen ist dem Faktum der Pluralität geschuldet. Die positive Bedeutung des queeren Ansatzes, die Zeichen eines allgemeinen Wir mit Argwohn zu betrachten und sich grundsätzlich gegen Identitätspolitikern zu richten, liegt in der umfassenden Kritik an Ausschlussverfahren, -strukturen und -mechanismen, die eine mit eindeutiger Identität operierende gesellschaftliche Ordnung birgt.“ (Perko 195)

Die gesellschaftliche Produktion von Weiblichkeit und Männlichkeit hat unter anderem die Bedeutung Positionen in der sozio-kulturellen und ökonomischen Arbeitsteilung zuzuweisen. Eine Verschiebung der strikten Selbst-Zuweisungen und Subjektivierungen von Geschlechtern, also von Frauen zu Arbeitsfeldern des Privaten und der Sorge-Tätigkeiten und von Männern zu Lohnarbeitsfeldern des Öffentlichen sollen nicht nur durch die Kreativierung der technischen Produktion von Geschlecht (z.B. in visuellen Veränderungen von Bildern der Sexualität) hergestellt werden, sondern eben auch durch eine stärkere gesamtgesellschaftliche Rotation nach dem Zufallsprinzip in Arbeits- und Politikfeldern. Daher möchte ich von einem geschlechterkritischen und philosophischen Standpunkt aus ein Nachdenken über demokratischere gesellschaftliche Verfahren wie das Losen und die Rotation unterstützen und deren mögliche Konsequenzen besonders im Hinblick auf die geschlechterspezifische Arbeitsteilung überdenken. Durch die Kultivierung von Rotations- und Losverfahren in vielfältigen Bereichen einer Gesellschaft⁴ könnten sich ein verändertes Bewusstsein und abwechslungsreichere Zuständigkeiten z. B. im Hinblick auf Sorge-Arbeiten entwickeln. Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang Verbindlichkeit zu „fremden“ Personen und Verbindlichkeit zu Gesamtgesellschaften, die in dialektische Prozesse mit der Lokalität und der Ausschließlichkeit von Nahe-Beziehungen eintreten. Rotations- und Losverfahren erfordern die Kultivierung von Verbindlichkeit besonders in Bezug auf anonyme oder fremde Personen einerseits und große Menschenpopulationen andererseits, ähnlich

⁴ Hubertus Buchstein: Demokratie und Lotterie. Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU. Frankfurt: Campus Verlag. 2009
Anja Röcke: Losverfahren und Demokratie. Münster: LIT-Verlag.2005
John Burnheim: Über Demokratie. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach. 1985

wie dies bei Praktiken des Geldes und des Marktes der Fall ist, allerdings mit dem Unterschied, dass soziale Positionen nicht in derselben Weise akkumulierbar sind. Verfahren der Rotation und des Losens machen deutlich, dass auch die von uns anders hergestellten vertrauten Nahe-Beziehungen in ihrer Produktion und in ihren Praktiken kollektiv und gesellschaftlich vermittelt sind, beispielsweise das Eingehen von Partnerschaften über Internet-Börsen. Eine durch den verstärkten Einsatz von Rotations- und Losverfahren hergestellte Beziehungsqualität der Verbindlichkeit zu Fremden würde die strikte Trennung zwischen privaten und öffentlichen Beziehungen ebenso lockern wie die Verbindlichkeit in Sorge-Beziehungen von allen deutlich werden lassen. Diese Qualität von über Losbeziehungen entstehenden sozialen Kontexten könnte Individuen mit den Bedürfnissen von Gesamtgesellschaften direkter verknüpfen und umgekehrt zu enge Gruppenidentitäten und Identitätspolitikern zugunsten einer holistischeren Perspektive distanzieren. Gerade bei Sorgearbeiten ist der Beziehungsaufbau zentral, es würde sich aber um ein Missverständnis handeln, wenn davon ausgegangen wird, dass diese Nahebeziehungen nicht gesellschaftlich vermittelt sind, wie uns gerade die Ausbildung der Geschlechtsidentitäten immer wieder vor Augen führt. Die Beziehungsaufnahme und der Aufbau von zärtlichen, fürsorglichen und verantwortungsvollen Beziehungen würde so als soziale Kompetenz wesentlich zentraler im Kern einer Gesellschaft verankert werden, da die Pflege- und Sorgearbeiten wie andere Tätigkeiten ebenfalls stärker über Rotation, Losung und akademisches Basiswissen verteilt würden. Das Beharrungsvermögen von Identitäten wird in derzeitigen Gesellschaften über die Dynamiken des Kapitals einerseits konstruiert und andererseits in Frage gestellt. In losdemokratischen Gesellschaften könnten Rotationsverfahren stärker die kapitalistischen Dynamiken von Geld ablösen, da nicht so sehr die Waren getauscht werden, als vielmehr die Personen in sozialen Feldern ihre Plätze tauschen und so für Bewegung und soziale Mobilität, wie auch für die Aktualisierung von leicht austauschbarem akademischem Basiswissen über wichtige Arbeits- und Produktionsfelder sorgen.

Der Einsatz von Rotationsverfahren und der dadurch massiv verstärkten Repräsentation von Frauen zeigen sich in solidarökonomischen Projekten in Venezuela und in den partizipatorischen Stadtteilbudgets von Porto Alegre.

In den selbstorganisierten basisdemokratischen Stadtteilinitiativen (Communas) Venezuelas dominieren Frauen auch in den repräsentativen Funktionen. Dario Azzellini (2012: 150f.) führt dies einerseits auf die Nähe der politischen Tätigkeiten, der Delegiertenarbeit innerhalb der Gemeinden, zu den Wohnorten und Familienarbeiten der Frauen und andererseits auf die matrilinearen Traditionen afrovenezulanischer Kulturen zurück. Er thematisiert nicht, dass es einen Zusammenhang zwischen basisdemokratischer Organisation und der Überrepräsentation von Frauen geben könnte (vgl. Isop 2008d/Isop 2009). Im Zuge der boliviarischen Revolution entwickelten sich selbstorganisierte Initiativen mit bis zu über 80 Prozent Frauenbeteiligung in den Selbstverwaltungen der Gemeinden durch die neuen Delegiertenstrukturen, durch die Zusammenarbeit von Basisbewegungen mit Bildungseinrichtungen wie Universitäten, durch kostenlose Bildungsangebote und durch Pensionsansprüche für ‚Hausfrauen‘. In ihren beiden Filmen „Venezuela von unten“ (2004) und „Communa im Aufbau“ (2010) dokumentieren Dario Azzellini und Oliver Ressler die Prozesse der Rotation in Bezug auf die Arbeitsteilung in den Produktionsketten. Auch hier ist die Überrepräsentation von Frauen im Vergleich zum politischen Geschehen in europäischen Gemeinden oder in europäischen mittelständischen Firmen deutlich zu erkennen. Bei diesen Rotationsverfahren werden keine Losverfahren eingesetzt, sondern die Meldung zu Funktionen oder Arbeitspositionen erfolgt über Selbstnennungen.

Auch die solidarökonomischen Bürger*innenhaushalte in Porto Alegre⁵ und 190 weiteren Städten in Brasilien weisen bei den Entscheidungen zum lokalen Budget eine äußerst hohe Beteiligung von Frauen und Minderheiten an den Delegierungs- und Priorisierungsprozessen auf. Die Kombination von Losverfahren und solidarökonomischen Bürger*innen-Haushalten in den unterschiedlichsten Ausformungen finden sich in Europa in den deutschen Städten Berlin, Emsdetten, Vlotho, Castorp Rauxel, Monheim, Lübbecke, Nürtingen und Hilden und in den französischen Städten Paris und Pont de Claix (Röcke 117).

⁵ <http://www.partizipation.at/468.html> am 15.9.2012

7. Zusammenfassung der Argumente gegen und für Losdemokratie zum Abschluss

Zum Abschluss möchte ich noch auf einige Argumente gegen und für die Losdemokratie verweisen, die bereits an anderer Stelle von Anja Röcke und Hubertus Buchstein diskutiert wurden, und die hier nur noch einmal genannt werden sollen.

Argumente gegen Losdemokratie

1) Mangelndes Expert*innenwissen – mangelnde Spezialisierung der Akteur*innen zur Ausübung von Ämtern, Funktionen z.B. in Produktionsketten

Dem ist zu entgegen, dass durch akademisches Basiswissen für alle mit der nötigen Transparenz und Einfachheit, das jeweils spezifisch gebrauchte Verfahrenswissen für politische Ämter oder Plätze in Produktionsketten leicht und schnell von einer Person zur nächsten transferiert werden können. Die These ist, dass Expert*innenwissen meist durch Ausschlussverfahren als eine Art soziales Distinktions- und Geheimwissen erscheint und erst durch diese Herrschaftseffekte so schwer zugänglich wird.

2) Mangelnde Entscheidungskompetenz und Verantwortlichkeit, 3)

Manipulationsanfälligkeit 4) hohe Kosten gegen Manipulation 5)

Verantwortungsflucht 6) Los schränkt die freie Selbstbestimmung der Menschen ein

7) Möglicherweise ist keine stabilisierende, sondern eine desintegrierende Wirkung zu befürchten (Buchstein 331)

Argumente für Losdemokratie und Losverfahren

Hubertus Buchstein nennt folgende sieben Argumente für das Losen als politisches Verfahren (Buchstein 295) und gibt genaue Erläuterungen dazu in seinem Buch: 1) das Los ist ein neutraler und verfahrensautonomer Mechanismus, 2) es ist unbedingt treffsicher, 3) es ist kostengünstig, 4) es entlastet Entscheidungsträger und Entscheidungsunterworfenen, 5) es erzeugt Kreativität und produktive Unsicherheiten, 6) es schafft gesellschaftliche Stabilität, 7) es verfügt über eine Rationalität zweiter Ordnung, die in bestimmten Situationen eine Entscheidung überhaupt erst möglich macht.

Zum Abschluss möchte ich noch folgende Argumente für die Losdemokratie zusammenfassen, auf welche ich nur teilweise eingehen konnte:

1) Intensivere Bürger*innenpartizipation 2) Überwindung von Demokratiedefiziten und Politikverdrossenheit 3) Verringerung von Geschlechterungleichheiten durch die Verschiebung von Öffentlichem und Privatem 4) Bekämpfung von Intransparenz und Korruption 5) Verständliche Akademische Basisbildung für alle als Voraussetzung für politische Ämter 6) Erhöhung der sozialen Mobilität und Verringerung der Schere zwischen Arm und Reich

Bibliographie

Azzellini, Dario; Ressler, Oliver (2004). „Venezuela von unten“. Dokumentarfilm. 67 Min. www.docushop.at

Azzellini, Dario; Ressler, Oliver (2010). „Communa im Aufbau“. Dokumentarfilm. 94 Min. www.neuevisionen.de

Azzellini, Dario (2012). Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune. Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela. Hamburg: VSA

Hubertus Buchstein (2009): Demokratie und Lotterie. Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU. Frankfurt: Campus Verlag.

John Burnheim (1985): Über Demokratie. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.

Cornelius Castoriadis (2001): Philosophie, Demokratie, Poiesis. Ausgewählte Schriften. Band 4. Hessen: Edition AV-Verlag.

Barbara Goodwin (1992): Justice by Lottery. Chicago.

David Graeber (2012): Frei von Herrschaft. Fragmente einer anarchistischen Anthropologie. Wuppertal: Peter Hammer Verlag.

Utta Isop (2008d). „'Utopieren heißt probieren' - Solidarische Ökonomien und Partizipation“. In: Birge Krondorfer et al (Hg.). Frauen und Politik. Nachrichten aus Demokratien. Wien: Promedia, 208-216

Utta Isop (2009). „Geschlechterbasisdemokratie. Fünf Forderungen queerer Politik“. In: Pechriggl, Alice et al (Hg.). Über Geschlechterdemokratie hinaus. Beyond Gender Democracy. Klagenfurt: Drava 45-67

Bernard Manin (2007): Kritik der repräsentativen Demokratie. Berlin: Matthes & Seitz.

Oliver Marchart (2010): Die politische Differenz. Frankfurt: Suhrkamp-Verlag.

Gudrun Perko: Denkendes Tun und handelndes Denken, in: Frauen und Politik. Nachrichten aus Demokratien, hrsg. v. Birge Krondorfer, Miriam Wischer, Andrea Strutzmann. Wien: Promedia-Verlag. 2008. S.187-197

Jacques Rancière (2011): Der Hass der Demokratie. Berlin: August-Verlag.

Anja Röcke: Losverfahren und Demokratie. Münster: LIT-Verlag. 2005

Quellen aus dem Internet

<http://www.partizipation.at/468.html> am 15.9.2012

http://etienne.chouard.free.fr/Europe/tirage_au_sort.php am 15.9.2012